

# Vertrag über Sicherheitsdienstleistungen

für

Bochumer Weihnacht 2026

zwischen

der

**Bochum Marketing GmbH**

Huestraße 21-23

44787 Bochum

vertreten durch die Geschäftsführung Sandra Gagliardi

- im Folgenden "**Auftraggeberin**" (AG) genannt -

und

der

[...]

[Anschrift]

vertreten durch [...]

- im Folgenden "**Auftragnehmer**" (AN) genannt -

- Auftraggeberin und Auftragnehmer nachfolgend

zusammen die „**Vertragsparteien**“ genannt -

## Inhalt

1.	Präambel	3
2.	Vertragsgegenstand	3
3.	Vertragsgrundlagen	3
4.	Umfang der Leistung	4
5.	Gesetzliche und behördliche Bestimmungen	4
6.	Arbeitsrechtliche Bestimmungen	5
7.	Einsatzvoraussetzungen	5
8.	Ausführung	6
9.	Unterauftragnehmereinsatz	6
10.	Technische Ausrüstung	7
11.	Leistungsnachweise	7
12.	Verpflichtung der eingesetzten Kräfte des AN	7
13.	Haftung und Versicherung	8
14.	Vergütung und Zahlungsmodalitäten	9
15.	Deinstallation, Rückbau bei Vertragsende, Kaufoption	10
16.	Vertragsdauer und Kündigung	10
17.	Vertragsänderungen	11
18.	Vertrauliche Informationen	11
19.	Sonstiges	12
20.	Anlagen	13

## 1. Präambel

Die Bochum Marketing GmbH (BoMa) engagiert sich als kommunales Beteiligungsunternehmen und gemeinsam mit über 65 Gesellschaftern für die Zukunftsfähigkeit Bochums und vermarktet den Standort in den Bereichen Tourismus, Stadtmarketing und Veranstaltungsmanagement. Als Veranstalterin entwickelt die BoMa den Weihnachtsmarkt kontinuierlich weiter, sodass sich der Bochumer Weihnachtsmarkt durch Qualität und Einzigartigkeit von anderen Städten abhebt. Hierbei stehen eine ausgewogene Durchmischung der Sortimente sowie die Implementierung einer familiären, vorweihnachtlichen Stimmung auf der Marktpläche im Vordergrund. Darüber hinaus ist das Alleinstellungsmerkmal „Fliegender Weihnachtsmann“ (in der Region Ruhrgebiet) von besonderer Bedeutung, um sich gegenüber den Ruhrgebietsstädten abzugrenzen und sowohl überregionales als auch internationales Interesse zu bedienen.

Die Besuchenden und alle anderen Beteiligten des Bochumer Weihnachtsmarktes haben einen Anspruch auf größtmöglichen Schutz vor Unfällen, Störungen von außen und innen sowie sonstigen Gefahrenlagen während der Veranstaltung. Daher sind für solche Situationen Vorkehrungen zu treffen, die helfen, derartige Störungen vor, während und nach der Veranstaltung möglichst gar nicht erst eintreten zu lassen, mindestens aber zu begrenzen und eine Ausweitung eingetretener Gefahrensituationen zu verhindern. Als Veranstalterin ist die BoMa verpflichtet, den sicheren Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:

## 2. Vertragsgegenstand

Der AN übernimmt nach Maßgabe dieses Vertrages nebst Anlagen und der in Ziffer 2 dieses Vertrags festgelegten Bestimmungen die Sicherheitsdienstleistungen innerhalb der von der AG betriebenen Veranstaltung.

## 3. Vertragsgrundlagen

Dem Vertrag und den von dem AN zu erbringenden Leistungen liegen in folgender Reihenfolge als Vertragsbestandteile zugrunde:

3.1 Die Regelungen dieses Vertragstextes nebst seiner Anlagen. Hierzu gehört das Sicherheitskonzept, das dem AN nach Vertragsabschluss zur Verfügung gestellt wird. (Anlage).

3.2 Das Angebot des AN vom **#DATUM** (gleichzeitig Anlage), insbesondere auch die vom AN erstellten und für die Auftragsvergabe unter Zuschlagsgesichtspunkten maßgeblichen Konzepte (Einsatz- und Organisationskonzept, Kommunikationskonzept, Qualifikationskonzept sowie Sicherheits- und Notfallmanagementkonzept)

3.3 Die Vorschriften der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Erbringung von Leistungen (VOL/B).

3.4 Die allgemeinen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

3.5 Der AN versichert auch die Einhaltung der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Mindestlohngesetzes und des Tariftreue- und Vergabegesetzes des Landes NRW sowie des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG).

Die vorgenannte Reihenfolge wird dabei als Rangfolge Ihrer Geltung festgelegt, wobei Konkretisierungen in nachrangigen Bestimmungen nicht als Widerspruch zu vorrangigen Bestimmungen zu verstehen sind.

AGB des AN sind keine Vertragsgrundlage und daher unbeachtlich.

#### **4. Umfang der Leistung**

4.1 Der AN führt die Sicherheitsdienstleistungen nach Maßgabe der B3. Leistungsbeschreibung und der vom AN eingereichten Konzepte aus.

4.2 Der AN muss sicherstellen, dass stets eine Einsatzleitung als Ansprechpartner während der Vertragslaufzeit für die AG erreichbar ist, der über die Leistungen des AN für den AG unterrichtet ist, der den Schichtplan kennt und im Bedarfsfall zusätzliche Mitarbeitende und/oder Ersatz für ausgefallene Kräfte einsetzen kann.

#### **5. Gesetzliche und behördliche Bestimmungen**

5.1 Der AN erbringt bei Abschluss dieses Vertrages oder auf Verlangen der AG jederzeit den Nachweis, dass er die behördliche Erlaubnis nach § 34a Abs. 1 S. 1 Gewerbeordnung (GeWO) für das Bewachungsgewerbe zur Durchführung des Auftrages besitzt. Ferner gesteht er der AG das Recht zu, jederzeit den Nachweis zu verlangen, dass die eingesetzten Mitarbeitende des AN ordnungsgemäß angemeldet und versichert sind.

5.2 Die Einhaltung der Gewerbeordnung und rechtlichen Regelungen für das Bewachungsgewerbe sowie der berufsgenossenschaftlichen Vorschriften (BGV) wird vom AN bei Ausführung der Leistung beachtet.

5.3 Der AN verpflichtet sich außerdem, sämtliche Bestimmungen des Mindestlohngesetzes (MiLoG) einzuhalten und von etwaigen Unterauftragnehmern eine entsprechende Verpflichtungserklärung einzuholen.

## **6. Arbeitsrechtliche Bestimmungen**

- 6.1 Zwischen den Mitarbeitern des AN und AG kommen keine arbeitsvertraglichen Beziehungen zustande. Auswahl, Einsatz und Steuerung der Mitarbeitenden obliegt allein dem AN.
- 6.2 In begründeten Einzelfällen kann die AG ausnahmsweise auf die Auswahl des eingesetzten Personals Einfluss nehmen. Dies ist der Fall, wenn bei besonderen Aufgabenstellungen die Erfüllung der Aufgabe nur durch bestimmte Mitarbeitende des AN aufgrund deren Kenntnisse zu erwarten ist.
- 6.3 Der AN ist außerdem allein für die Einhaltung aller steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten verantwortlich. Dies gilt insbesondere für eine eventuell eintretende Rentenversicherungspflicht gemäß § 2 Nr. 9 SGB VI (arbeitnehmerähnliche Selbstständigkeit).
- 6.4 Der AN stellt sicher, dass die gemäß § 17 MiLoG erforderliche Dokumentation durch ihn und alle Unterauftragnehmer erfolgt und bei Verlangen der AG aus begründetem Anlass binnen 10 Tagen vorgelegt werden kann.
- 6.5 Der AN versichert, ausschließlich nur Mitarbeitende einzusetzen, die im Bewacherregister BAFA registriert sind.
- 6.6 Die AG ist befugt, aus Sicherheitsgründen Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der Leistung notwendig sind. Diese Anordnungen sind grundsätzlich nur dem AN, regelmäßig dem jeweiligen Einsatzleiter zu erteilen. Bei Gefahr im Verzug können solche Anweisungen auch direkt an einzelne Mitarbeitende gegeben werden.

## **7. Einsatzvoraussetzungen**

- 7.1 Es dürfen seitens des AN nur Mitarbeitende eingesetzt werden, von denen zu erwarten ist, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben zuverlässig erfüllen und die über weitgehende Erfahrungen aus einer Tätigkeit in anderen Objekten mit gehobenen Sicherheitsanforderungen mit entsprechender Qualifikation verfügen. Es gelten dabei insbesondere die Anforderungen aus der Eigenerklärung zum Einsatz qualifizierter Sicherheitskräfte als Bestandteil des Angebotes des AN (Formular A8).
- 7.2 Der AN sorgt für die Eignung seiner Einsatzkräfte. Die Kriterien der Eignung ergeben sich aus dem Formular A8. Eigenerklärung zum Einsatz qualifizierter Sicherheitskräfte und der Leistungsbeschreibung (Anlage).
- 7.3 Der AN hat außerdem sicherzustellen, dass die Mitarbeitenden, die in der Leistungsbeschreibung genannten Teams, die jeweilig notwendige Qualifikation besitzen. Sollte dies nicht der Fall sein, ist die AG berechtigt, einen Austausch dieser Mitarbeitenden zu verlangen, die dann die geforderte Qualifikation besitzen. Dies ist im Einzelfall auf Anforderung der AG

nachzuweisen. Der Austausch der Mitarbeitenden sowie der Nachweis der Qualifikation erfolgen für die AG kostenfrei.

7.4 Der AN garantiert und weist im Einzelfall auf Anforderung des AG auf Kosten des AN nach, dass alle eingesetzten Sicherheitsmitarbeitende durch das Führungszeugnis der Ordnungsbehörde (Polizeiliches Führungszeugnis) für den Wachdienst als unbedenklich erscheinen. Dieses ist nur gegeben, wenn im Führungszeugnis "kein Eintrag" vermerkt ist.

## **8. Ausführung**

8.1 Die Kommunikation in allen Belangen der täglichen operativen Auftragsabwicklung zwischen AG und AN läuft grundsätzlich über die Einsatzleitung des AN.

8.2 Der AN hat einen weisungsbefugten Mitarbeitenden („Einsatzleitung“) und einen ständigen Vertreter für diesen festzulegen. Ein Wechsel der Einsatzleitung ist dem AG schriftlich mitzuteilen.

8.3 Die Dienstkleidung wird zu Beginn der Vertragsleistungen mit der AG abgestimmt. Sie hat dem Grunde nach den Anforderungen der Leistungsbeschreibung zu entsprechen. Die Sicherheitsmitarbeitende tragen eine einheitliche Dienstbekleidung gemäß § 19 BewachV. Die Dienstkleidungskosten hat der AN zu tragen.

8.4 Die seitens des AN eingesetzten Mitarbeitende haben eine saubere und neuwertige Dienstbekleidung zu tragen. Es gelten die Bestimmungen des § 19 BewachV.

8.5 Der AN gewährleistet, dass zu jeder Zeit auf Abruf für Ausfallvertretungen innerhalb von zwei Stunden bis zu 3 eingewiesene Mitarbeitende mit Ortskenntnis zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Vergütung erfolgt gemäß Ziff. 14 dieses Vertrags.

8.6 Der AN ist angehalten, regelmäßig Qualitätskontrollen nach Absprache mit der AG zur Prozessüberprüfung und -optimierung durchzuführen. Zu Beschwerden über Maßnahmen, Anordnungen oder das Verhalten der Mitarbeitende seitens der AG hat der AN unverzüglich eine Stellungnahme vorzulegen.

8.7 Die eingesetzten Mitarbeitende sind nach dem Lohntarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in NRW vollumfänglich zu vergüten.

## **9. Unterauftragnehmereinsatz**

Der AN darf während der Vertragslaufzeit Unterauftragnehmer nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG beschäftigen, wobei maximal eine Unterauftragnehmerstufe zulässig ist. Der beabsichtigte Einsatz eines Unterauftragnehmers ist der AG mit einer Vorlauffrist von mindestens zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Die AG kann nach seinem Ermessen entscheiden, ob er dem Einsatz des Unterauftragnehmers zustimmt. Sofern sich der AG mit dem Einsatz des Unterauftragnehmers einverstanden erklärt, hat der AN durch entsprechende Vertragsgestaltung

sicherzustellen, dass sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auch im Verhältnis zum Unterauftragnehmer gelten.

## **10. Technische Ausrüstung**

10.1 Die technische Ausrüstung muss den Vorgaben der Leistungsbeschreibung entsprechen. Diese technische Ausrüstung umfasst insbesondere folgende, funktionstüchtige Gegenstände:

- Funkgerät nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung
- Mobiltelefon
- Taschenlampen
- Geländeplan mit Sektoren.

10.2 Der AN verpflichtet sich, seine interne Kommunikation uneingeschränkt sicherzustellen. Er gewährleistet über den gesamten Einsatzzeitraum eine ausreichende und durchgängige Erreichbarkeit seiner Einsatzkräfte.

## **11. Leistungsnachweise**

Der AN hat einen täglichen Lagebericht zu Vorkommnissen während der Veranstaltung der AG vorzulegen. Dieses Update kann mündlich erfolgen. Ein schriftliches Kurzprotokoll in Form einer stichpunktartigen E-Mail ist täglich an die AG zu übermitteln. Hier werden die Vorkommnisse der Nachtwache und der Tagesschichten kurz gebündelt (siehe Leistungsbeschreibung). Genaue Inhalte und Gestaltung des Lageberichts sind mit der AG abzustimmen. Der bei dem AN für den Auftrag zuständige Mitarbeitende ist verpflichtet, die AG unverzüglich nach Bekanntwerden eines Ereignisses, bei dem Mitarbeitende des AN einen Schaden verursacht haben, zu informieren.

## **12. Verpflichtung der eingesetzten Kräfte des AN**

12.1 Der AN wird seine eingesetzten Kräfte zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages verpflichten. Erhält der AN Kenntnis, dass eine Einsatzkraft nachweislich gegen strafrechtliche Bestimmungen bzw. gegen Geheimhaltungs- oder Sicherheitsbestimmungen der AG verstoßen hat, so hat der AN die AG unverzüglich zu informieren. Der AN wird den betroffenen Mitarbeitenden nicht mehr im Rahmen seiner Leistungen für den AG einsetzen, soweit dies nach der Schwere des Verstoßes nicht mehr für den AG zumutbar ist. Eine Unzumutbarkeit ist insbesondere gegeben, wenn gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen wurde oder ein Wiederholungsfall vorliegt.

12.2 Zu Beschwerden über Maßnahmen, Anordnungen oder das Verhalten des/r Mitarbeitenden seitens der AG hat der AN unverzüglich eine Stellungnahme vorzulegen.

### 13. Haftung und Versicherung

13.1 Der AN haftet für Verletzungen des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

13.2 Für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Pflichtverletzungen haftet der AN uneingeschränkt.

13.3 Im Übrigen ist die Haftung des AN für fahrlässig verursachte Sach- und Vermögensschäden, gleich ob aus vorvertraglichen, vertraglichen oder gesetzlichen Gründen, pro Kalenderjahr auf maximal EUR 5 Mio. begrenzt. Im Fall des Verlustes bewachter Sachen haftet der AN bis zu einem Betrag von EUR 1 Mio.

13.4 Von der Haftung des AN sind sämtliche unmittelbare, mittelbare Schäden, Mangelfolgeschäden sowie entgangener Gewinn erfasst.

13.5 Eine eventuelle Haftung für das Fehlen zugesicherter Eigenschaften oder nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

13.6 Die Regelungen gemäß Ziff. 13.1 bis 13.5 gelten für Mitarbeitende, Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen des AN entsprechend.

13.7 Der AN stellt die AG von etwaigen Ansprüchen Dritter jeder Art frei, die aus der Durchführung des Vertrages resultieren, sofern der AN schuldhaft gegen seine vertraglichen Pflichten verstoßen hat.

Der AN stellt den AG dabei insbesondere von sämtlichen Ansprüchen frei, die von Arbeitnehmern gegen den AG auf Grund eines Verstoßes gegen das MiLoG (oder das AentG - Arbeitnehmer Entsendegesetz) durch den AN geltend gemacht werden, insbesondere aus der Bürgenhaftung gem. § 13 MiLoG i.V.m. § 14 AEntG. Die vorstehende Freistellungspflicht gilt auch für Ansprüche, die von Arbeitnehmern auf Grund von Verstößen von Nachunternehmern und Verleihern gegen das MiLoG/AEntG gegen den AG geltend gemacht werden. In allen vorgenannten Fällen ersetzt der AN dem AG auch sämtliche Kosten, die dem AG durch eine Verteidigung gegen die geltend gemachten Ansprüche entstehen.

13.8 Der AN verpflichtet sich, eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und während der Dauer der Laufzeit dieses Vertrages aufrecht zu halten mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 5 Mio. pro Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden und von mindestens EUR 5 Mio. pro Versicherungsfall für Vermögensschäden. Die Vertragsabschlüsse (Versicherungsschein und Vertragsbedingungen) sind diesem Vertrag als Anlage beizufügen, Veränderungen sind anzuzeigen.

Kommt der AN seiner Verpflichtung eines vereinbarungsgemäßen Versicherungsschutzes nicht nach, ist die AG zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.





## **15. Deinstallation, Rückbau bei Vertragsende, Kaufoption**

15.1 Der AN ist verpflichtet, die mobile Einsatzzentrale, sämtliche eingebrachten und installierten technischen Geräte und Zubehör nach Aufforderung durch die AG zum Ende der Vertragslaufzeit zu deinstallieren. Der notwendige Zeitraum für diese Arbeiten wird einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien abgestimmt. Die Regelung des Abs. 14.2 bleibt hiervon unberührt.

15.2 Die Arbeiten sind dabei sorgfältig und gewissenhaft mit Blick auf die Interessen der AG zu erbringen. In zeitlicher Hinsicht kann die AG verlangen, dass die Arbeiten zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgeführt werden, der den laufenden Betrieb so wenig wie möglich beeinträchtigt.

15.3 Sämtliche mit der Deinstallation und Entfernung der Technik verbundenen Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 sind mit den Vergütungen gemäß Ziff. 14 abgegolten.

## **16. Vertragsdauer und Kündigung**

16.1 Der Vertrag kommt mit der Zuschlagserteilung der AG zustande.

Die Leistungserbringung beginnt am 02.11.2026 und endet mit Ablauf des 23.12.2026, dabei ist zu beachten, dass der Vororteinsatz am 16.11.2026 beginnt.

16.2 Der Vertrag ist für beide Seiten aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist schriftlich kündbar. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen vorliegen, auf Grund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Dienstverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund für die Kündigung durch den AG liegt insbesondere vor, wenn der AN das Insolvenzverfahren bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder eine solches Verfahren eröffnet, der dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird oder er die eidesstattliche Versicherung nach § 807 Zivilprozessordnung abgegeben hat, soweit dies nicht gegen das Insolvenzrecht verstößt.

Ein wichtiger Grund für die AG liegt insbesondere vor,

a) wenn der AN die vereinbarte Leistung trotz schriftlicher erfolgloser Fristsetzung zur Nacherfüllung oder erfolgloser schriftlicher Abmahnung nicht vertragsgemäß erbringt. Zur vertragsgemäßen Leistungserbringung gehören insbesondere die Umsetzung des Einsatz- und Organisationskonzept, Kommunikationskonzept, Qualifikationskonzept sowie Sicherheits- und Notfallmanagementkonzept als Bestandteile des Angebotes des AN.

b) wenn der AN einen Unterauftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung der AG beauftragt oder eine Weitergabe durch Unterauftragnehmer zulässt und/oder duldet.

Die AG ist ferner berechtigt zu kündigen, wenn der AN nach Ablauf einer von ihr gesetzten Frist, die ohne schriftliche Zustimmung tätigen Unterauftragnehmer von der zu überwachenden Fläche nicht entfernt hat.

Kündigt die AG aus diesen Gründen, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten. Ein Schadenersatzanspruch der AG bleibt unberührt.

16.3 Sollte bei Ablauf des Vertrages die AG ohne schuldhaftes Verzögern nicht in der Lage sein, einen Nachfolgedienstleister für den AN zu beauftragen, verpflichtet sich der AN, die ihm übertragenen Aufgaben auf Wunsch der AG zu den mit diesem Vertrag vereinbarten Konditionen, ggf. über den Kündigungszeitpunkt hinaus, fortzuführen, bis eine ordnungsgemäße Übernahme der Aufgaben von einem Nachfolger gewährleistet ist; dabei darf der Zeitraum der Vertragsverlängerung drei Monate nicht überschreiten.

16.4 Die Kündigung bedarf der Schriftform.

## **17. Vertragsänderungen**

Vertragsänderungen, Ergänzungen und Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Änderungswünsche der AN bedürfen immer der schriftlichen Zustimmung der AG.

## **18. Vertrauliche Informationen**

18.1 Vertrauliche Informationen sind alle Informationen über die AG, deren Mitarbeitende und Geschäftspartner, die dem AN im Zusammenhang mit dem Auftrag direkt oder indirekt zugänglich gemacht werden oder diesen auf sonstiger Weise zur Kenntnis gelangen. Hierzu gehören auch die Inhalte dieses Vertrages. Wie die Informationen zur Kenntnis gelangen, ist unerheblich. Eine Information gilt nicht als vertraulich, wenn sie zum Zeitpunkt der Kenntniserlangung durch den AN bereits öffentlich bekannt war oder danach ohne einen Verstoß gegen diese Vereinbarung dem AN öffentlich bekannt wurde. Die Beweislast trägt der AN.

18.2 Der AN wird die vertraulichen Informationen streng vertraulich behandeln und sie Dritten weder weiterleiten noch auf sonstige Weise zugänglich machen sowie geeignete Vorkehrungen zum Schutz der vertraulichen Informationen treffen, mindestens aber diejenigen Vorkehrungen, mit denen er besonders sensible Informationen über sein eigenes Unternehmen schützt. Soweit der AN als Bestandteil seine Arbeitsverträge nicht ohnehin eine entsprechende Verschwiegenheitsklausel beinhaltet hat, wird er seine Mitarbeitende entsprechend verpflichten. Dies gilt entsprechend ggfl. auch für Mitarbeitende eines Nachunternehmers.

18.3 Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit gelten nicht, wenn

- a) die AG für den konkreten Einzelfall der Weitergabe der vertraulichen Informationen an einen Dritten ihre vorherige schriftliche Zustimmung gegenüber dem AN erteilt,
- b) der AN die vertraulichen Informationen vor dem Abschluss dieser Vereinbarung von einem Dritten erlangt hat oder danach ohne Verletzung dieser Vereinbarung von einem Dritten erlangt, sofern der Dritte jeweils rechtmäßig in den Besitz der Informationen gelangt ist und durch die Weitergabe nicht gegen eine ihn bindende Vertraulichkeitsverpflichtung verstößt oder

c) der AN zur Offenlegung der vertraulichen Informationen durch Anordnung eines zuständigen Gerichts oder einer Behörde oder sonstigen Einrichtung oder gesetzlich oder aufgrund der Regelwerke einer Börse verpflichtet ist, wobei der AN alle vernünftigen Schritte unternehmen muss, um die Offenlegung der vertraulichen Informationen im größtmöglichen Umfang zu verhindern oder zu beschränken.

Hält sich der AN derart für verpflichtet, wird er die AG, soweit rechtlich zulässig, rechtzeitig vor der Offenlegung schriftlich benachrichtigen, damit diese die Offenlegung durch rechtliche Maßnahmen unterbinden kann. Der AN trägt jeweils die Beweislast für das Vorliegen einer Ausnahme von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

## 19. Sonstiges

19.1 Sofern in diesem Vertrag keine Regelungen getroffen wurden, kommen die gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

19.2 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages oder seiner Bestandteile unwirksam sein oder werden, so beeinträchtigt das die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich in diesem Fall, die unwirksamen Vereinbarungen durch solche Bestimmungen zu ersetzen, die der beabsichtigten Regelung am nächsten kommen.

19.3 Für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten wird als örtlicher Gerichtsstand ausschließlich Bochum vereinbart. Es gilt deutsches Recht; der AN verzichtet auf die Anwendung des Rechtes aufgrund seines Geschäftssitzes, sofern er sein Geschäftssitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschlands hat.

[Ort]/[Datum]

Bochum, den #**DATUM**

---

Unterschrift Auftragnehmerin

---

Unterschrift Auftraggeberin

## 20. Anlagen

Anlage: B3. Leistungsbeschreibung nebst Anlage 1 Lageplan

Anlage: B5. Preisblatt

Anlage: Versicherungsschein und Vertragsbedingungen der Betriebshaftpflichtversicherung

Anlage: B2. Bietererklärung Angebotsphase

Anlage: Einsatz- und Organisationskonzept

Anlage: Kommunikationskonzept

Anlage: Qualifikationskonzept

Anlage: Sicherheits- und Notfallmanagementkonzept

Anlage: Sicherheitskonzept

Anlage: A9. Erklärung der Bewerber- \_ Arbeitsgemeinschaft (falls vorliegend)

Anlage: A6. Erklärung zur Unterauftragnehmer und Eignungsleihe (falls vorliegend)

Anlage: A6.1. Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers (falls vorliegend)

Anlage: A6.2. Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers (falls vorliegend)

Anlage: A4. Erklärung zu §19 Abs. 3 MiLoG und BVB TVgG

Anlage: A8. Eigenerklärung zum Einsatz qualifizierter Sicherheitskräfte

Anlage: A10. Eigenerklärung zur Umsetzung des Russlandsanktionspakets

Anlage: A5. Eigenerklärung Ausschlussgründe

Anlage: A7. Erklärung zu den Referenzen

Anlage: A2. Bietererklärung Teilnahmephase

Anlage: A3. Erklärung zum Nachweis der Eignung

Anlage: Erklärung Zertifizierung DIN 77200-1 / -2 (oder gleichwertiges Zertifikat eines anderen Mitgliedstaates der EU)

Anlage: Erklärung Zertifizierung DIN ISO 9001 (oder gleichwertiges Zertifikat eines anderen Mitgliedstaates der EU)